

Frage des Tages

Sollen Beizen auf dem Ex-Migrol-Areal am Hafen bleiben dürfen?

Wegen drohender Lärm-Bussen hat Shift Mode den Beizen auf dem Ex-Migrol-Areal gekündigt (Seite 20). www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Ziehen Sie eine Privatklinik einem Kantonsspital vor?



Sympany zieht Universitätsspital vor Gericht

Basler Krankenkasse spricht von «rechtlich nicht korrekten» Tarif-Tricks – das Spital schweigt zu den Vorwürfen

Von Joël Hoffmann

Basel. Noch immer streitet sich die Basler Krankenkasse Sympany mit dem Basler Universitätsspital. Bald ist das Jahr vorbei und die beiden Unternehmen haben sich immer noch nicht über die Tarife 2018 für Zusatzversicherte Patienten geeinigt. Die zuletzt anvisierte Frist vom 1. November zur Einigung verstrich ohne Resultat. Nun wird der Konflikt weiter eskalieren. Wie die Versicherung auf Anfrage erklärt, hat Sympany juristische Schritte gegen das Universitätsspital eingeleitet. Die Krankenkasse möchte damit auf dem juristischen Weg bis zum Bundesverwaltungsgericht in gewissen Jahren eher die Regel als die Ausnahme war.

Seit 2012 eskalieren schweizweit immer wieder Konflikte zwischen Krankenkassen und Spitälern, welche die Tarife, also die Preise für Behandlungen, untereinander aushandeln müssen. Zugespielt könnte man sagen, dass der juristische Weg bis zum Bundesverwaltungsgericht in gewissen Jahren eher die Regel als die Ausnahme war.

Die Konflikte begannen mit der Umstellung auf das neue Tarifsysteem mit Fallpauschalen, welche den Effekt haben sollten, dass Spitäler effizienter arbeiten müssen respektive dass einzelne Leistungserbringer aus finanziellen Gründen aus dem Markt verschwinden sollten. Diese Mechanismen sind mit ein Grund, weshalb die öffentlichen Spitäler in der Region Basel fusionieren wollen, denn: Das Kantonsspital Baselland etwa ist mit dem Fallpauschalensystem nicht mehr überlebensfähig.

Rechnung an Patienten geschickt

Seit dem Systemwechsel werden folglich die Privatpatienten wichtiger für die Spitäler, weil man nur mit ihnen noch reichlich Margen erzielen kann. Gerade Privatspitäler investierten darum in die Hotellerie und insbesondere auch in den Komfort für Zusatzversicherte. Für öffentliche Spitäler jedoch,

wie das Unispital, das auch die unrentablen Eingriffe durchführt, sind Zusatzversicherte ökonomisch besonders bedeutsam, um quasi Verluste zu decken – obwohl es eigentlich bereits dafür höhere Abgeltungen erhält als ein Privatspital. Vor diesem Hintergrund ist mitunter zu erklären, weshalb das Basler Unispital als einziger Leistungserbringer der Region Basel noch immer mit der Sympany um die Höhe der Privat-Tarife streitet.

Das Unispital hat sich aber nicht bloss noch nicht mit der Versicherung geeinigt, sondern einseitig eine Preiserhöhung von 29 Prozent durchgedrückt, wie Sympany-CEO Willer kritisiert. So haben Zusatzversicherte nach einem Eingriff die Rechnung des Unispitals nach Hause geschickt bekommen, statt dass diese wie üblich direkt an die Krankenkasse ging. Das Unispital erklärte in seinem Schreiben, dass die Kunden innerhalb von 60 Tagen wegen des Tarifstreits mit der Sympany die Rechnung nun selber begleichen müssen. Weil wohl nur wenige Patienten Rechnungen von teilweise mehreren 10 000 Franken einfach so begleichen können, macht das Unispital die Patienten darauf aufmerksam, dass sie bei der Sympany den Betrag einfordern sollen, weil diese letztlich die Rechnung bezahlen müsse.

Basel teurer als Zürich und Bern

Die Basler Krankenkasse übernahm denn auch die Rechnungen und liess die Kunden nicht im Regen stehen. Doch die Mehrkosten für die Krankenkasse, von der sich rund 1000 Zusatzversicherte pro Jahr im Unispital behandeln lassen, sind massiv: Wegen der einseitig vom Unispital über die Patientenrechnungen durchgedrückte Preissteigerung von fast 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr rechnet die Krankenkasse mit Mehrkosten von 2,9 Millionen Franken. In der Tat ist es schwer nachvollziehbar, dass für eine Kaiserschnittbehandlung für Zusatzversicherte im 2017 1700 Franken und ein Jahr später 5000 Franken in Rechnung gestellt werden. «Dass Patienten als Druckmittel missbraucht werden, um derart überhöhte Preissteigerungen durchzusetzen,



Noch immer uneinig. Der Krankenversicherer Sympany streitet seit Anfang Jahr mit dem Unispital über die Tarife für das Jahr 2018. Foto Keystone

haben wir noch nie erlebt», sagt Willer.

Für die Sympany sind die geforderten Tarife, insbesondere wenn man sie mit den viel grösseren Unispitälern in

Bern und Zürich vergleicht, die auch weit mehr komplexe, unrentable Operationen durchführen als Basel, nicht zu rechtfertigen. Gemäss Vollkostenrechnungen der Sympany ist das Unispital

Basel teilweise sogar teurer als Bern oder Zürich.

Der Krankenkassen-Chef kann sich ferner nicht erklären, weshalb das Unispital derart aggressiv agiert, denn dessen Vorgehen sei nicht nachhaltig: Die Sympany wird für künftige planbare Eingriffe weiterhin – wie bereits seit April – keine Kostengutsprachen mehr bewilligen. Damit bleiben vermehrt Sympany-Privatversicherte dem Unispital fern. Und zudem versucht nun die Krankenkasse, die zu viel bezahlten Kosten auf dem Gerichtsweg zurückzugewinnen. Willer verweist diesbezüglich auf Pflichtverletzungen des Spitals.

«Spital hat Pflichten verletzt»

Die Sympany will diese Pflichtverletzungen mittels eines Präzedenzfalls für alle weiteren Patienten durchsetzen. Im Streitfall, so Willer, sei das Unispital verpflichtet, die Patienten vor einer Operation über mögliche ungedeckte Versicherungsleistungen zu orientieren. Dies habe das Unispital jedoch im ersten Halbjahr 2018 nicht getan und stattdessen die besagten überbeurteilten Rechnungen an die Patienten geschickt. «Wir hatten damit nicht die Möglichkeit, zusammen mit dem Patienten eine andere Lösung zu suchen, sondern wurden vor vollendete Tatsachen gestellt», sagt Willer. Das Unispital habe damit eine Pflichtverletzung begangen und das finanzielle Risiko auf den Patienten abgewälzt. «Doch dieses Vorgehen ist rechtlich nicht korrekt, weshalb wir nun den Rechtsweg bestreiten.»

Das Unispital teilt auf Anfrage mit, dass Sympany die «Bereitschaft signalisiert» habe, einen Vertrag mit dem Universitätsspital Basel abzuschliessen zu wollen. «Die von Sympany eingereichte Klage halten wir für unberechtigt, zumal sie bei einem Vertragsabschluss ohnehin obsolet würde», glaubt Sprecher Martin Jordan. Zu Willers Vorwürfen äussert sich das Basler Unispital hingegen nicht. Sympany-CEO-Willer stellt entgegen Jordans Aussage klar, dass man unabhängig vom Verhandlungsausgang an der Klage vor dem Zivilgericht festhalten werde.

«Unwürdige Elemente nehmen den Tüchtigen den Platz»

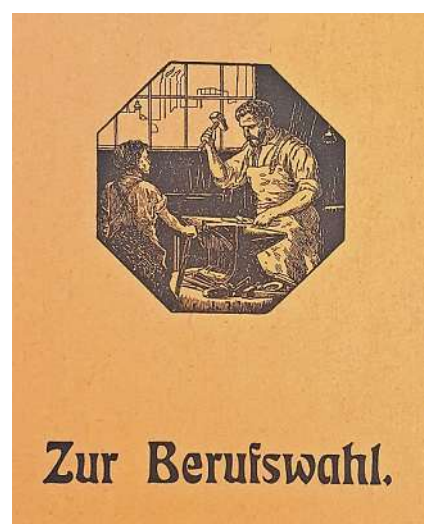
Die Basler Berufsberatung ist die älteste der Schweiz und wird 111 Jahre alt – schon der erste Berater prangerte Missstände an

Von Dina Sambar

Basel. Jugendliche mit zu schlechten Deutschkenntnissen, zu wenig qualifizierte und interessierte Lehrlingsanwärter und zu viele Ausländer auf dem Arbeitsmarkt – diese Klagen sind nicht etwa aktuell, sondern stammen aus der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Im Basler Gewerbe herrschte ein Ungleichgewicht. Alle handwerklich interessierten Burschen wollten Mechaniker, Elektriker und Schlosser werden. Der Rest wünschte sich eine Bürolehre. Berufe wie Bäcker und Schuhmacher hatten einen schweren Stand. Auch Maurer, Zimmerleute, Metzger oder Schneider fanden kaum Nachwuchs.

Dies hatte zur Folge, dass in gewissen Berufen über 60 Prozent der Mitarbeiter, aber auch der Lehrmeister, gut ausgebildete Ausländer waren. «Die einheimischen Eltern wollten, dass ihre Knaben einen höheren Beruf, wie Lehrer, Akademiker, Kaufmann oder Beamter, ausüben», sagt Lars Hering, Leiter der Berufsberatung Basel-Stadt.

Ebenjene Berufsberatung wurde vor 111 Jahren durch die Pestalozzi-Gesellschaft gegründet – als erste der Schweiz. Das Ziel des «Sekretariats für Lehrstellenvermittlung» war es, dieses Ungleichgewicht wieder auszubalancieren. «Die Jugendlichen sollten damals in gewisse Berufe gelenkt werden», sagt Hering. Der allererste Berufsberater, Otto Stocker, beklagte die Flucht der (intelligenten) Landjugend in die Büros der Städte. Die Schuld daran gab er dem Schulsystem. Dort



Zeitdokument. Historisches Basler Verzeichnis der Lehrgelegenheiten.

lehre man sie «nur Feder und Stift zu führen», jedoch weder Spaten noch Handwerkzeug.

Aus misslichen Verhältnissen

In einem Vortrag aus dem Jahr 1915 kommt Otto Stocker auf einen weiteren Missstand zu sprechen, der die Berufsberatung nötig gemacht habe: die grassierende Vetternwirtschaft. «Wahre Orgien feiert die Protektion, zum grossen Schaden des Berufsstandes wie des Einzelnen wie der gesamten Volkswirtschaft. Unfähige und unwürdige Elemente kommen dadurch an erstklassige Lehrgelegenheiten, versperren dem Tüchtigen den Platz», gab Stocker damals seine Erfahrung weiter. Um eine

Lehrstelle antreten zu können, musste man den Lehrmeister zudem oft bezahlen. Dies hatte zur Folge, dass «sehr tüchtige Jungen, aber Söhne verbindungloser und unvernünftiger Eltern übel dran» waren.

Der Fokus der Lehrstellenvermittlung lag in den Anfängen deshalb bei der Beratung und Unterstützung straffälliger Knaben, Waisen und solchen aus sonstigen «misslichen Verhältnissen». Denn mittellose Eltern drängten ihre Knaben aus finanziellen Gründen oft dazu, direkt nach der Schule als Hilfsarbeiter oder Botengänger zu arbeiten.

Als die Vermittlung fünf Jahre später vom Kanton übernommen wurde, begann man auch Mädchen zu beraten. «Sie wurden allerdings etwas stiefmütterlich behandelt. Es ging darum, sie in einem kaufmännischen, sozialen oder pflegerischen Beruf unterzubringen. Es waren meist kürzere Ausbildungen, sodass sie der Wirtschaft noch etwas bringen, bevor sie Mutter und Hausfrau werden», sagt Hering.

Heute hat sich das Blatt gewendet. Von den jährlich 2000 Beratungen (1907 waren es 82) betreffen mehr als die Hälfte Frauen. Insgesamt besuchen pro Jahr über 12 000 Personen das BIZ Berufsinformationszentrum. Das Geschlecht ist bei der Berufswahl keine unüberwindliche Hürde mehr.

Ein weiterer Unterschied ist das Alter der Ratsuchenden. Waren es anfangs nur Jugendliche, ist heute die Hälfte über 25 Jahre alt. Die Dienstleistung ist für alle kostenlos. «Bei den Erwachsenen kommen die meisten im

Alter zwischen 30 und 40 Jahren zu uns. Doch wir beraten Leute bis kurz vor der Pensionierung», sagt Hering. Und fügt an: «Es macht auch mit 50 Sinn, sich Gedanken über seine Laufbahn zu machen. Denn 15 Jahre im falschen Job sind eine lange Zeit.» Diese Neuorientierungen seien ein weiterer grosser Unterschied zu früher: «Bei den Jugendlichen ging es noch bis in die 1960er-Jahre darum, den Beruf zu finden, den sie bis an ihr Lebensende ausüben werden.»

Ländliche Regionen vorneweg

Doch es gibt auch Konstanten, die über hundert Jahre überdauern haben. «Damals wie heute stand das beratende Gespräch im Vordergrund. Die Entscheidung traf und trifft der Klient», sagt Hering. Die Erwartungen aus der Wirtschaft, die einst zur Gründung der Berufsberatung geführt haben, gebe es immer noch.

Auch heute besteht teilweise ein Mangel an qualifizierten Lehrlingen. Oft wird die hohe Gymnasialquote als Ursache dafür genannt. «Es besteht die Erwartung, dass wir die Kinder von der Idee abbringen, das Gymnasium zu besuchen. Das ist aber nicht unser Fokus. Wir wollen jedoch, dass der Weg ins Gymnasium keine Autobahn ohne Abzweigung ist, sondern ein bewusster Entscheidung», sagt Hering. Da man dieses Jahr aufgrund der ungewollt hohen Gymnasialquote mit mehr Gymnasiumabbrechern rechnen werde die Berufsberatung im Januar zur Sicherheit neu auch dort präsenter sein.

ANZEIGE



bethesda
SPITAL

Klinik für Frauenmedizin

Gynäkologische Onkologie

kompetent und persönlich

Tel. 061 315 28 28 · www.bethesda-spital.ch